

Stoppt den Krieg von Russland gegen die Ukraine - Stoppt die Aufrüstungsspirale!

Der am 24. Februar 2022 begonnene Krieg gegen die Ukraine ist ein Angriffskrieg Russlands und ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Es gibt viele Ursachen, Erklärungen, Hintergründe – aber keine Rechtfertigung. Deshalb muss die russische Führung den sofortigen Stopp der Invasion anordnen und ihre Armeen zurückziehen. Jeder Kriegstag kostet Menschenleben, zerstört Wohnungen und Kultur steigert Inflation, Hochrüstung und Militarismus. Jede – auch eine ergebnislose – Verhandlung ist besser als das Abfeuern einer Rakete. Der Menschheit droht eine unverantwortliche atomar geführte Auseinandersetzung, wenn nicht sofort versucht wird, die Eskalationsspirale durch Dialog zu durchbrechen.

Wir müssen als Gewerkschaften und Teil der Friedensbewegung mit Demonstrationen und Aktivitäten an unseren Antikriegspositionen festhalten. Unsere uneingeschränkte Solidarität gilt allen Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine flüchten. Dies ist eine Selbstverständlichkeit, die wir nicht nur dann äußern, wenn das „Feindbild“ stimmt, denn Kriegsflüchtende leiden immer, egal, wer den Krieg ausgelöst hat. Jede Entschuldigung für unsere „Naivität“ und „Fehleinschätzung“ bezüglich der russischen Politik bestärkt nur reaktionäre Kräfte und den militärisch-industriellen Komplex.

Dass die vielseitigen Vorkriegsgespräche keine friedlichen Ergebnisse erzielten, liegt auch an der zugespitzten Konfrontation zwischen USA/NATO/EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Beide Seiten haben in den letzten Jahren auf eine Erweiterung ihres Einflussbereiches gesetzt, was sich in der NATO-Osterweiterung (16 Staaten im Jahre 1990 und 30 Mitgliedsstaaten aktuell), aber auch in den Interventionen Russlands (Krim, Georgien, Belarus) in der Peripherie zum Ausdruck kam. Russland will unbedingt verhindern, dass die Ukraine zu einem festen Bestandteil des westlichen Lagers wird und der Westen will die Ukraine fester an sich binden. Dass imperiale Mächte auch ihre ökonomischen Interessen durchsetzen wollen, darf nicht unterschlagen werden.

Am 27.2.22 hat die Bundesregierung ein massives Aufrüstungsprogramm angekündigt. Jedes Jahr soll mehr als 2 % des Bruttoinlandsproduktes in die Militarisierung fließen. Zusätzlich soll ein Aufrüstungsfonds von 100 Milliarden Euro geschaffen und im Grundgesetz verankert werden. Rheinmetall weiß jetzt schon, wie man 42 Mrd. investieren kann! Seit Jahren wird erzählt, dass es für Hartz IV kein Geld gäbe, die sozialen Berufe nicht besser bezahlt werden könnten und z.B. Luftfilter in Schulen nicht realisierbar seien etc... Das ist heuchlerisch! Jetzt entlarvt sich, wie man schnelle und eindeutige Prioritäten setzt: Militarisierung statt Sozial- und Klimapolitik. Wer diese Aufrüstungspolitik in Frage stellt wird medial als „Putin-Versteher*in“ diffamiert. Für differenzierte Analysen gibt es keinen Raum. Das gesellschaftliche Bewusstsein widerspiegelt fast vollständig die Interessen des herrschenden Kapitals. Deshalb gibt es nur eins:

Wir protestieren gegen die Aufrüstungspolitik der Bundesregierung und lehnen sie entschieden ab. Sie erhöht die Kriegsgefahr und wird zu weiteren sozialen Kürzungen führen. Es gilt, sich für eine europäische Sicherheitsarchitektur einzusetzen, die einen Ausgleich der gegensätzlichen Sicherheitsinteressen ermöglicht und ein Ende der Konfrontation befördert. Deshalb fordern wir von allen Gewerkschaften und dem DGB, sich gegen den Aufrüstungskurs der Bundesregierung zu stellen und dagegen alle gewerkschaftlichen Mittel einzusetzen.

Für die ver.di-Linke NRW

Helmut Born, Gregor Falkenhain, Dierk Kieper und Jürgen Senge